



# Evangelische Verantwortung

November 1986

## Kirchen im ländlichen Raum

Helmut Kohl

„Kirchen im ländlichen Raum – Maß und Wagnis“ lautete das Thema des 19. Evangelischen Kirchenbautages in Landau, an dem Architekten, Künstler und Theologen aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen. Neben der Stadt-Land-Problematik wurde über „Heimat“ diskutiert, wurden Fragen der Kunst im ländlichen Raum sowie des Bauens für die Gemeinschaft erörtert.

Zu den Rednern der Eröffnungsveranstaltung gehörte Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, dessen Vortrag wir im folgenden nur unwesentlich gekürzt wiedergeben.

Fast täglich habe ich mit den ökonomischen Problemen des ländlichen Raumes zu tun, vor allem mit denen der Landwirte und Bauern. Vor mir sehe ich die Gesichter vor allem junger Bauern und ihre fragenden Augen. Sie überlegen, ob



19. Evangelischer Kirchenbautag in Landau.  
Von links: Professor Dr. Volp, Mainz, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Kirchenpräsident Heinrich Kron.

es überhaupt einen Sinn hat, weiterzumachen, nicht aufzugeben, schon an den Erben zu denken, obwohl sie nicht einmal wissen, ob sie in der Spanne des eigenen Arbeitslebens durchstehen können: Sind die ökonomischen Daten und Faktoren so, daß sich das im besten Sinne des Wortes überhaupt rentiert? Wer diese Zweifel täglich erfährt, der weiß, wie wichtig es ist, den Menschen im ländlichen Raum Mut zu machen.

Natürlich sind heute etwa in den Dörfern meiner Heimat hier in der Pfalz – und das gilt anderswo ähnlich – die Mehrzahl der dort lebenden Bürger nicht mehr Landwirte und Bauern. Aber das Umfeld, das Dorf, wird gleichwohl noch ganz entscheidend – bis hin zu dem, was wir heute Umwelt nennen – vom Bauern, vom Landwirt geprägt.

Deswegen ist es wichtig, daß ein Thema wie das Ihrige – auch über das Ökonomische hinausgreifend – versucht, Menschen Mut zu machen, denn es gibt heute genug falsche Propheten, die genau das Gegenteil bewirken wollen.

Was ich selbst dazu zu sagen habe, stützt sich natürlich nicht auf die Kompetenz eines Theologen oder eines Architekten. Es sind Reflexionen eines Mannes, der durch viele Jahre hindurch in den verschiedensten politischen Funktionen seine persönlichen Beobachtungen gemacht hat. Deswegen sage ich auch zuerst sozusagen mehr bekenntnishaft: Ich finde, daß sich die Pfalz in einer ausgezeichneten Weise für dieses Thema eignet. Man möchte fast vermuten, daß hier der Spruch „die Kirche im Dorf lassen“ seinen Ursprung hat.

### Kirche im Mittelpunkt

Im historischen Weinbauort Rhodt zum Beispiel: Die alten, gepflegten Winzerhäuser mit Hausteingewänden um Fenster, Torbögen und Nebenportalen, die freundlich hell verputzten Wände, zum Teil unter Weinlaub verborgen, die hohen, bergenden Dächer – alles paßt zusammen, und hier finden Sie eine ganz ungewöhnliche, glücklicherweise erhalten gebliebene Atmosphäre von in Jahrhunderten gewachsener Harmonie.

Und in der Mitte liegt die Pfarrkirche, um 1720 nach dem Vorbild der Speyerer Dreifaltigkeitskirche erbaut: In ihrer natürlichen Würde geistiges und geistliches Zentrum der dörflichen Lebensgemeinschaft.

Zugleich wird unübersehbar deutlich, wie das Dorf zur Landschaft gehört und sich ihr einordnet: Weinberge und Bäume rahmen die Siedlung ein, und über Kirche, Häusern, Gärten und Rebland erhebt sich auf hoher Kuppe die Ruine der Rietburg.

Dorf und Burg finden sich gerade in der Südpfalz häufig benachbart. Die Burgen sind sichtbare Zeugen einer besonders reichen, bewegten und oft schmerzlichen Geschichte gerade in diesem Landstrich.

Ich finde, auch das ist wichtig für unser Thema: daß die Geschichte mit einbezogen ist, und daß Geschichte in vielen Teilen unseres Vaterlandes, ganz gewiß hier im deutschen Südwesen, sich auch im ländlichen Raum manifestiert. Hier kann man beinahe nachfühlen, daß dies eine Kernlandschaft Europas und Deutschlands war und ist.

Hier stritten und verständigten, trennten und verbündeten sich Kaiser und Könige, der Pfälzer Kurfürst, Frankreich vor und nach der Revolution, die Markgrafen von Baden, die Grafen und Fürsten von Leiningen, die Reichsritterschaft, die Äbte von Weißenburg und die Bischöfe von Speyer.

Prägende Kraft und zugleich verwickelt in die politischen Umwälzungen war die Kirche. Kurfürst Ott Heinrich von der Pfalz setzte in seinen Ortschaften um 1556/57 die Lehre Martin Luthers durch. Der Graf von Leiningen folgte ihm alsbald in seinen Gebieten. In den kurpfälzischen Orten wiederum wurde wenig später – und endgültig 1583 durch den Pfalzgrafen Johann Kasimir – der Calvinismus eingeführt.

Ein Jahrhundert später begann die Rekatholisierung der Kurpfalz, die in den Jahren 1705/06 mit der sogenannten Pfälzischen Kirchenteilung unter Kurfürst Johann Wilhelm ihren Abschluß fand.

Auch das ist ein Signum dieses Raumes, daß fortan Reformierte – darunter die Calvinisten –, Lutheraner und Katholiken gleichberechtigt nebeneinander lebten. Die vorhandenen Kirchen wurden teilweise simultan genutzt – zum Beginn des vergangenen Jahrhunderts auch noch diese Stiftskirche. In pfälzischen Dörfern standen aber auch nicht selten zwei oder gar drei Kirchen nebeneinander: eine katholische, eine lutherische und eine reformierte bzw. calvinistische; dazu kam dann vielleicht noch – mit Blick auf die jüngste deutsche Geschichte erinnern wir uns daran mit Wehmut – eine Synagoge.

Entgegen manchen Vorurteilen läßt sich belegen, daß zumindest im 18. Jahrhundert die Konfessionen samt ihren Geistlichen fast ausnahmslos in friedlicher Toleranz miteinander zu leben und auszukommen verstanden.

Sehr aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang ein Brief, den Leopold Mozart 1763 aus Schwetzingen – hier in der Nachbarschaft – nach Salzburg geschrieben hat. Es heißt darin:

„. . . wie viele merkwürdige, ja ganz sonderbare Sachen sehen wir . . . wir sind nun wirklich immer in Orten, wo vier Religionen sind, nämlich Catholisch, Lutherisch, Calvinisch, und Juden. Schwetzingen ist . . . nur ein Dorf, hat 3 Kirchen, eine katholische, lutherische und calvinische. Und so ist es durch die ganze Pfalz.“

Worüber sich der Pfalzreisende Leopold Mozart wunderte, erscheint uns vorbildlich: die Begabung, mit Andersdenkenden friedlich auszukommen und unnötige Spannungen zu vermeiden.

Das religiöse Leben prägte den ländlichen Raum nicht nur in der Pfalz, sondern überall in Deutschland. Die Kirche als Mittelpunkt des Dorfes – das war lange eine Selbstverständlichkeit, und es lohnt sich, auch heute immer wieder daran zu erinnern.

---

## Im Einklang mit der Natur

---

Fast vergessen ist heute jedoch für viele in einer weitgehend verstädterten Gesellschaft die bedeutende wirtschaftliche Rolle des Dorfes. Die Bauern produzierten die Nahrung für Land und Stadt. Das war aber nicht nur in längst vergangenen Zeiten so. Gerade in den Jahren nach 1945 zum Beispiel wäre die Not so vieler Menschen in den Städten ohne die tatkräftige Hilfe der ländlichen Bevölkerung noch größer gewesen.

Heute haben leider viele in den Städten vergessen, daß wir alle letztlich vom Land leben. Vielleicht stehen wir in unserer modernen Industriegesellschaft zu leicht in der Gefahr, über den Entwicklungen und Problemen in unserem städtischen Alltag den ländlichen Raum zu vernachlässigen. Das wäre nicht nur deshalb falsch, weil dort etwa die Hälfte unserer Bevölkerung lebt.

Wir müssen uns gemeinsam darum bemühen, daß die ländlichen Teile unserer Republik ihre eigene Vitalität und ihre eigene Identität behalten, und ebenso die Chance zur Erneuerung. Voraussetzung dafür ist, den ländlichen Raum in seiner Vielfalt zu begreifen – mit seinen Problemen, aber auch mit seinen günstigen Bedingungen.

Ich jedenfalls möchte den Menschen auf dem Land Mut machen: Es wäre falsch, wie gebannt auf die Attraktivität großer Städte zu blicken, denn die gewachsene Lebenskraft eines Dorfes kann damit sicherlich konkurrieren.

Es ist ja kein Zufall, daß es nicht wenige aus den Städten aufs Land zieht. Viele Menschen spüren wieder: Ohne das Land wäre die Stadt nichts.

Die Menschen in den Dörfern leben am ehesten im Einklang mit der Natur, und das hat seit jeher ihre Schaffenskraft beflügelt. Bäuerliches Brauchtum, bäuerliche Kunst – gerade in ihrer bewahrenden Grundhaltung – verdienen unseren besonderen Respekt. Sie sind Kraftquellen origineller Lebensart und solider Kreativität.

Der ländliche Raum wurde über Jahrhunderte von bäuerlichen Traditionen geprägt. Wir sind gut beraten, dieses Erbe zu bewahren und es pfleglich zu behandeln. Dazu gehört auch, daß wir den bäuerlichen Familienbetrieb erhalten.

Dies hat viel mit den Grundlagen unserer freiheitlichen Gesellschaft zu tun. Der Wille des Bauern zum Eigentum hat hier große Symbolkraft, denn er ist getragen von der Einsicht, daß es ohne das Prinzip Eigentum keine Freiheit gibt. Und auch die sehr präzise Vorstellung unserer Bauernfamilien von Kontinuität, Erbfolge und von Tradition über Grenzen hinweg tut unserer Gesellschaft gut.

---

## Kultur des ländlichen Raums

---

Auch in kunstgeschichtlicher Hinsicht wäre es geradezu fahrlässig, dem Dorf vor 1900 keine Aufmerksamkeit zu schenken. Schon das bäuerliche Gehöft mit Tor und Pforte, mit Ställen und Scheuern ist ein lohnendes Objekt kunsthistorischer Forschungen.

Erst recht gilt das für die Kirchenbauten. Häufig sind sie – nicht nur als Prestigeobjekte mächtiger Fürsten, Bischöfe

und Äbte als der zuständigen Patrone – von höchster künstlerischer Qualität.

Ich nenne nur zwei Beispiele aus dieser Gegend: die gequaderte und einst vollständig gewölbte Pfarr- und Schloßkirche St. Michael zu Rohrbach aus dem späten 15. Jahrhundert und die prächtige klassizistische Pfarrkirche von Rinthal. Die für ein kleines Dorf überraschende Noblesse dieser Kirche hatte zu der Legende geführt, daß in München versehentlich Pläne vertauscht worden seien – wenn das stimmen sollte, war es eine gute Tat der Münchener. Und wir Pfälzer sind für gute Taten aus München immer dankbar.

Aber auch zahlreiche kleinere, weniger aufwendige Dorfkirchen bestechen noch heute durch ihre ausgewogenen Proportionen und durch ihre Ausstattung. Mit wenigem wurde hier oft hohe Qualität erreicht, und diese Art von Bescheidenheit sollte auch heute wieder Konjunktur haben.

Paul Tillich hat „Kultur“ einmal gekennzeichnet als das „vom Menschen inszenierte symbolische Universum“. Gerade so – als sinngebende Gestaltungskraft – hat das kulturelle Schaffen auf dem Lande eine besondere Faszination.

Aus heutiger Sicht ist es schon fast unbegreiflich, daß die Kultur des ländlichen Raums bei uns lange Zeit gering geschätzt und manchmal sogar verächtlich gemacht wurde. Diese modische Zeitströmung einer Art Vergötzung der Stadt hat sich zwar bald überlebt, aber sie hat leider Schaden hinterlassen.

Zur Zeit wachsenden Wohlstands in den 50er, 60er und 70er Jahren hat man dem Dorf manchmal übel mitgespielt – nicht ohne Mitbeteiligung der Dorfbewohner, aber auch – und das sage ich nicht zuletzt an die eigene Adresse – durch Fehlentscheidungen vieler, die politische Verantwortung trugen.

Durch den staatlich geförderten Bau der sogenannten Aussiedlerhöfe wurden vielfach die alten Gehöfte im Dorfkern der Verwahrlosung oder dem Abbruch preisgegeben. Während Dorfkern verödeten, entstanden auf einstigem Ackerland am Dorfrand neue Siedlungen aus Einfamilienhäusern. Mit Bauland und Bauerwartungsland wurde spekuliert. Mancher Städter zog aufs Land, ohne mit den Dorfbewohnern in Berührung zu kommen.

Überhaupt ließen sich wohl zu viele Dorfbewohner von Architekten und Katalogen zur lieblosen Modernisierung der

ererbten Häuser verführen. Fachwerk wurde verputzt oder mit Eternitplatten verschandelt, Fenster vergrößert und oft jedenfalls ihrer Sprossenteilung beraubt, Läden verändert, Stockwerke aufgesetzt und Dachwinkel verändert – kurz: manches Winzer- oder Mühlengebäude des 17. Jahrhunderts wirkt heute leider wie ein Neubau von 1960.

Selbst alte Dorfkirchen wurden zwischen 1960 und 1975 abgebrochen, zumindest aber umgebaut und gleichsam nach dem Katalog neu ausgestattet – weil sie angeblich zu klein oder baufällig waren.

Hier wurde manches ohne Sinn für die Kulturgeschichte unseres Landes unwiderbringlich vernichtet.

---

## Unverwechselbarkeit dörflicher Identität

---

Das kirchliche Leben im Dorf war in den letzten Jahrzehnten vielfältigem Wandel unterworfen. Ich denke auch an die Aufhebung vieler Pfarreien und eine kirchliche Versorgung durch den Pfarrer der Nachbargemeinde.

Viele Dörfer verloren auch ihre Schulen und damit ein wichtiges geistiges Zentrum. Und selbst wenn es im Dorf noch Lehrer und Pfarrer geben sollte, kann es sein, daß sie ihren Wohnsitz anderswo haben. Die einst selbstverständliche Residenzpflicht – sie ist kein Relikt, sondern hat ihren Sinn – wird heutzutage in vielen Fällen zu großzügig gehandhabt.

Daß das Vereinsleben auf dem Dorf – gerade in der Pfalz überaus rege – besonderen Belastungen ausgesetzt ist, hängt eben nicht nur mit dem Fernsehen und der durch das Auto gewachsenen Mobilität der Dorfbewohner zusammen.

Wo Lehrer und Pfarrer für die dörfliche Gemeinschaft nicht genug Zeit haben, vielleicht überhaupt nicht mehr am Ort ihrer Tätigkeit wohnen, verkümmert diese kreative Konkurrenz zu den Konsummedien allzu leicht.

Das ist aber nur die eine Seite. Zugleich beobachten wir beispielsweise einen Zuwachs von Musikvereinigungen, und das ist eine sehr positive Entwicklung.

Identität findet das Dorf nicht zuletzt in seiner Überschaubarkeit. Lehrer und Pfarrer hatten oft mehrere Generationen unterrichtet und gebildet, getauft, getraut und begraben. Der Dorfbewohner ist seit jeher nicht nur mit der Natur verbunden, mit Saat und Ernte, sondern auch mit seinen Verwandten und Nachbarn. Wo in der Stadt leicht Anonymität und Einsamkeit um sich greifen, leisten jene auf dem Land oft genug die selbstverständliche Hilfe.

Ich weiß, daß die dörfliche Gemeinschaft in ihrer oft ungenügenden Flexibilität und ihrer Starrheit für manchen das Leben häufig auch schwer werden läßt, aber sie bietet eben doch die Chance für Heimat.

Ich glaube, dies ist ein Schlüsselwort für unser Thema: Es ist ja kein Zufall, daß sich das deutsche Wort „Heimat“ in kaum eine andere Sprache übersetzen läßt. In Heimat schwingt eben mehr mit als nur die Bezeichnung eines Wohnortes. Dazu gehören die Mundart und der Dialekt, die Erfahrung des Kindes in der eigenen Familie und mit den Nachbarn, das Hineinwachsen in die größere Welt des Erwachsenen und vieles mehr.

Ich glaube, daß wir heute wieder ein vernünftigeres Verhältnis zu diesem Begriff „Heimat“ gewonnen haben, daß die Zeit vorübergeht, wo man das als altmodisch betrachtete.

Heimat führt aber weiter: zum Vaterland und zu einer Geschichte, schließlich auch – gerade in einer Stadt wie Landau kann man das heute deutlich sagen – zur Öffnung gegenüber den Nachbarn über die Grenzen hinweg. Wenn

---

## Aus dem Inhalt

<b>Kirchen im ländlichen Raum</b>	1
<b>Neuer Konsens durch neue Nachdenklichkeit</b>	5
<b>Steht die evangelische Kirche links?</b>	7
<b>Kirche und Staat in partnerschaftlichem Verhältnis</b>	8
<b>Was mir wichtig ist</b>	9
<b>Futtermittelimporte aus Entwicklungsländern</b>	10
<b>Leitlinien zu politischen Stellungnahmen</b>	12
<b>Aus unserer Arbeit</b>	13
<b>Buchbesprechungen</b>	15
<b>Termine</b>	

wir heute über Heimat und über Vaterland sprechen, denken wir ganz selbstverständlich auch an unsere Nachbarn, an die größere Einheit Europas.

Das Land ist mehr als ein großer Wirtschaftsbetrieb für die Landwirtschaft oder den Tourismus. Es hat seinen eigenen Charakter und Heimatwert und sollte ihn behalten. Einer Verstärkung des ländlichen Raumes wollen wir deshalb entgegenwirken.

Das Dorf entließ freilich immer wieder Menschen in die Stadt und in die nichtbäuerlichen Berufe: ungezählte Pfarrer und Hochschullehrer, Lehrer und Beamte, Künstler und Handwerker stammen „vom Land“. Doch auch wer das Dorf verließ, behielt dort oft seine Wurzeln.

Es ist wohl wahr, daß auch manche politische Entscheidung diese Unverwechselbarkeit dörflicher Identität angegriffen hat. Diese Kritik trifft alle, die politische Verantwortung tragen.

Es war zum Beispiel nicht notwendig, daß im Rahmen der Verwaltungsreform oder notwendiger Eingemeindungen auch alte Ortsnamen beseitigt wurden und damit auch ein Stück dörflichen Selbstbewußtseins. Und daß gerade kommunale Bauherren manchen lieblosen Neubau in eigentlich herrlicher Umgebung zu verantworten haben, brauche ich vor Ihnen nicht eigens zu erläutern.

---

### Kirchenbau auf dem Land

---

Andererseits hat man schon recht früh erkannt, daß die Kultur des ländlichen Raums erhalten werden muß. Wettbewerbe wie „Unser Dorf soll schöner werden“ bilden eine positive, ernst zu nehmende Chance.

Man muß diese Chance freilich richtig nutzen.

Dorferneuerung im Versandhausstil ist sicher nicht der richtige Weg. Im Mittelpunkt müssen Denkmalschutz und Naturschutz stehen und damit die Wahrung dörflicher Identität. Wohnwertverbesserung bei Achtung der dörflichen Eigenart ist geboten und, wie viele südpfälzische Beispiele zeigen, auch möglich.

Wir müssen ein stärkeres Bewußtsein für die Verschandelung dörflicher Bauwerke, Straßenfronten und Plätze schaffen. Neue Aussiedlerhöfe sollten im Regelfall nicht mehr gebaut werden. Wer unnötige Abbrüche oder sich einem geschützten Ensemble nicht einfügende Neubauten plant, sollte keine Genehmigung erhalten.

Zumindest vor 1850 entstandene Bauernhäuser und Mühlen sollten mutig unter Denkmalschutz gestellt und vollständig in den Denkmallisten erfaßt werden.

Wichtiger und erfolgversprechender als Verbote und Strafen jedoch ist es, an den Stolz und Geschmack des Hauseigentümers zu appellieren. Natürlich bedarf es dazu intensiver Aufklärungs- und Beratungsarbeit. Hier liegt für Behörden eine große Aufgabe. Auch Pfarrer können hierzu einen Beitrag leisten und vielleicht bei der eigenen Kirchenrenovierung mit gutem Beispiel vorangehen.

Überhaupt meine ich, daß in dieser schwierigen Übergangszeit unserer Gesellschaft für das Land – gerade wenn es um die Kultur geht – die besten Kräfte gerade gut genug sind. In diesem Sommer habe ich mit großem Interesse vom Erfolg des Experiments „Schleswig-Holstein Musik-Festival“ erfahren. Es hat auf dem Dorf und auf dem flachen Land einen Zuspruch gefunden, wie es die Initiatoren nicht für möglich gehalten hatten.

Was Kirche und Pfarrhaus betrifft, können die Pfarrer mit gutem Beispiel vorangehen.

Es wäre in diesem Zusammenhang sicher kein Schaden, wenn kunstgeschichtliche und denkmalpflegerische Bildung in das Theologiestudium und in die Ausbildungszeit am Predigerseminar integriert werden würde. Die Kirche – und damit auch der Pfarrer – ist immer auch Kulturträger.

Zur Aufgabe des Seelsorgers gehört es, den Menschen da zu finden und zu begleiten, wohin Gott ihn gestellt hat. Das heißt auch, dem Menschen zum Ja zu sich selbst, zu seiner Geschichte und zu seiner Umwelt zu ermutigen.

Die intellektuelle und kulturelle Substanz des Dorfes ist nicht geringer als die der Stadt. Der Dorfbewohner jedoch zeichnet sich in der Regel – sofern er nicht Werbe- und Modetrends erliegt – durch das größere Beharrungsvermögen und eine gewisse Skepsis gegenüber dem Neuen aus.

Es ist kein Zufall, daß sich Kunststile wie Gotik, Barock und Biedermeier auf dem Lande wesentlich länger gehalten haben als in der Stadt. Das hat nichts mit Rückständigkeit zu tun. Nicht alle Modeerscheinungen verdienen Nachahmung.

Kirchenbau auf dem Lande hat – mehr noch als in der Stadt – die Verpflichtung, in Proportionen, Aufwand und Kosten an die überlieferten Maßstäbe anzuknüpfen. Was in einer jungen Großstadtgemeinde als Experiment dem Lebensgefühl der Gottesdienstbesucher entgegenkommen kann, ist möglicherweise für die dörfliche Gemeinde nicht in gleicher Weise akzeptabel.

Andererseits sollten auch auf dem Land die schöpferischen Kräfte der Kunst für die Kirchen genutzt werden. Aufgeschlossenheit gegenüber zeitgenössischer Kunst und etwas Mut zum Neuen können nicht schaden.

Es geht dabei um die richtige Balance zwischen Maß und Wagnis, wie Sie es im Untertitel Ihres Tagungsmotto richtig andeuten.

Lassen Sie also die Kirche im Dorf – wörtlich und im übertragenen Sinne.

Wo Sie für Dorfkirchen Aufträge an Architekten, Bildhauer, Maler und Glasmaler vergeben, nehmen Sie Rücksicht auf die Mentalität des Dorfes, aber stellen Sie höchste Anforderungen an die Qualität.

Helfen Sie mit, daß das Dorf mit seiner in über 1200 Jahren gewachsenen Kultur ernst genommen wird und eine Zukunft behält. Helfen wir alle – in vielfältigen Funktionen – gemeinsam den Bewohnern des ländlichen Raums, ihre Würde und Eigenart zu wahren – gerade da, wo sie in einer modernen Kommunikationsgesellschaft und durch werbende Ziviliation das Bewußtsein solcher Eigenständigkeit leicht verlieren können.

Soweit der Staat - Bund, Länder und Gemeinden – solche Bemühungen zu fördern vermag, etwa durch gezielte Vergabe von Forschungsprojekten, durch Förderung denkmalpflegerischer Vorhaben oder durch die Präzisierung einschlägiger Gesetze und Verordnungen, sage ich Ihnen gerne zu: was ich an Unterstützung geben kann, will ich gerne gewähren.

Ich würde mich freuen, wenn sich als Ergebnis dieses Kirchenbautages wieder mehr Menschen daran erinnern: Nicht nur die Kathedralen und Dome der Städte, sondern auch die Kirchen unserer Dörfer sind steingewordene Jenseitshoffnung.

**Wir haben hier keine bleibende Stadt,  
sondern die zukünftige suchen wir.**

**Hebräer 13,14**

# Neuer Konsens durch neue Nachdenklichkeit

Werner Remmers

Die Katastrophe im sowjetischen Tschernobyl hat uns in Ost und West in den letzten Wochen und Monaten in eine außerordentliche Unruhe versetzt. Die Menschheit hat ein solches katastrophales Ereignis bei einer zivilen Nutzung der Technik bisher nicht gekannt und noch nicht erlebt. Die Unruhe, die Fragen und die Sorgen eigentlich aller Bürger sind verständlich und wir Politiker müssen daraus Konsequenzen ziehen. Nach Tschernobyl kann niemand einfach zur politischen Tagesordnung zurückkehren. Der Unfall im sowjetischen Tschernobyl muß uns ein Anstoß sein, neu über Chancen und Risiken moderner Techniken nachzudenken.

Wir sehen in dem Unfall von Tschernobyl aber auch einen Anstoß, über die Probleme der Kernenergie hinaus Gewissensforschung zu halten, unsere Verantwortung schärfer zu erkennen und wahrzunehmen bei durchaus vergleichbaren grundsätzlichen Fragestellungen, etwa in der Biotechnologie oder der Gentechnik oder bei anderen ähnlich qualitativ verändernden massiven Eingriffen des Menschen in unsere menschliche oder außer-menschliche Umwelt.

Die Verantwortung für den konkreten Reaktorunfall in der Ukraine tragen zu allererst diejenigen, die diesen Reaktortyp genehmigt, errichtet und betrieben haben. Sonst übliche und mögliche Sicherheitsvorkehrungen sind nicht vorgesehen und beachtet worden. In jedem demokratischen Staat hätte man eine Regierung bei so viel Nachlässigkeit, Vertuschung und Unfähigkeit unverzüglich abgelöst.

Bei der Kritik an deutschen Behörden müssen wir berücksichtigen, daß diese auf einen derartigen Gefahrenfall aus dem Ausland nicht ausreichend vorbereitet waren. Es hat sich dabei aber gezeigt, daß bei uns die Vorsorgeplanung und das Informationsverfahren wesentlich verbessert werden muß. Die Unsicherheit und die Angst in der Bevölkerung beruhen zwar zunächst auf der Tatsache, daß ein solches Unglück überhaupt

möglich war. Sie beruhen aber auf der anderen Seite auch auf der mangelnden Information und den unterschiedlichen Empfehlungen. Hier ist national wie international viel verbesserungswürdig.

**Wir brauchen eine veränderte Einstellung in unserem Land zum Katastrophenschutz.** Wir haben diese Vorsorge offensichtlich sträflich vernachlässigt. Zu viele haben bei uns in einem übergroßen Vertrauen in die Technik und in die Beherrschung der Natur das Eintreten von Katastrophen für unmöglich und insofern die Vorsorge für überflüssig gehalten.

Dies hat jedoch wenigstens teilweise seine Ursache auch darin, daß ein anderer Teil unserer Gesellschaft in der Vorsorge für Katastrophenfälle bereits ein Eingeständnis der Unsicherheit sieht und eine derartige Vorsorge als Beweis für die Richtigkeit einer prinzipiellen Ablehnung der Technik heranzieht. Alle miteinander müssen wir uns neu der durch den Fortschrittsglauben in Vergessenheit geratenen Erfahrung stellen, daß menschliche Kultur und Zivilisation – nicht erst seit es Kernenergie und andere Großanlagen gibt – von Katastrophen bedroht sind. Die Selbstsicherheit des Fortschritts hat bei uns die Einsichten in die Notwendigkeit eines funktionierenden Katastrophenschutzes zu sehr verdrängt. **Die Katastrophe von Tschernobyl muß uns eine neue Bescheidenheit und eine neue Nachdenklichkeit lehren.**

Unsere Fachleute versichern uns, daß die hiesigen Kernkraftwerke einen unvergleichlich höheren Sicherheitsstandard haben, als dies in Tschernobyl der Fall gewesen ist. Sie haben gute Argumente dafür. Dennoch müssen wir von ihnen erwarten, daß sie den Unfall von Tschernobyl mit aller Sorgfalt analysieren und auf even-

tuelle Konsequenzen auch für unsere Anlagen hin überprüfen. Alle bei uns zuständigen Stellen müssen eine gründliche Analyse vornehmen. Wir wollen wissen, ob nicht doch noch etwas an der Sicherheit unserer Reaktoren verbessert werden kann. Kernkraftwerke, die nicht mehr dem neuesten Sicherheitsstandard entsprechen, sind auf diesen Stand zu bringen. Wenn dies nicht möglich ist, sind sie stillzulegen. Für unsere Sicherheitsgrundsätze muß gelten: Wer nicht zweifelt, ist nicht glaubwürdig. – Wir können keine absolute Sicherheit haben; auch das kleinste Restrisiko bleibt ein Risiko. Nicht zuletzt sind auch wir fehlbaren Menschen ein oft unterschätztes „Restrisiko“.

**Tschernobyl erfordert ein Innehalten, ein Nachdenken und auch ein neues Vorausdenken.** Denn für unsere weiteren Entscheidungen ist es notwendig, die Flucht in extreme Positionen zu vermeiden. Wir können nicht alle Kraftwerke in kürzester Zeit abschalten und aus der Kernenergie aussteigen. Eine unbesonnene und planlose Ausstiegshektik löst die Probleme nicht und verursacht höchstens andere neue und ebenfalls schwerwiegende Probleme.

Wir können aber auch nicht einfach so weitermachen wie bisher und jährlich ein neues Kernkraftwerk bauen. Wir müssen alles tun, um auf lange Sicht Alternativen für die Kernkraft zu entwickeln, Alternativen, die risikoärmer und umweltfreundlicher sind. Schon jetzt müssen wir durch Forschung und durch Bereitstellung erheblicher Mittel die Weichen stellen für spätere Entscheidungen und ein Umsteigen auf andere Energieträger.

Wir können aber redlicherweise die Ablösung der Kernkraft nicht

für heute oder in einem halben Jahr oder auch nur für einen konkreten Zeitraum in etlichen Jahren propagieren, wenn wir noch keine realisierbare und ausreichende Alternative haben.

**Man kann immer erst umsteigen, wenn der Anschlußzug auch rechtzeitig eintrifft** – wofür wir allerdings mit Nachdruck durch eine entsprechende Fahrplan-Gestaltung sorgen müssen.

Wenn ein kurzfristiges Umsteigen nicht möglich ist, heißt dies keineswegs, daß wir für immer die Risiken der Kernkraft tragen müssen. Wir dürfen nicht stur an etwas festhalten, wenn neue und gefahrlosere Arten der Energiegewinnung möglich sind. Deshalb gilt schon für heute:

- Wir können und müssen noch mehr **Energie einsparen**
- Wir müssen noch **stärker nach alternativen Energien suchen** und ihre Nutzung erforschen und dafür erhebliche Geldmittel einsetzen.
- Wir müssen die **Lösungen durch eine Vorwärtsstrategie**, z. B. bei der Kraft-Wärme-

Kopplung, bei der Solarenergie, bei der Wasserstofftechnologie und vielleicht auch bei der Kernfusion suchen und nicht rückwärts gewandt, neue und alte Kohle- und Ölkraftwerke als Lösung betrachten.

Ein sofortiges Abschalten aller Kernkraftwerke und das Verhindern einer Inbetriebnahme gerade fertiggewordener Kernkraftwerke kommt für uns nicht in Frage. Wunschdenken kann politisch verantwortliches Handeln, daß immer alle Auswirkungen für die Bürger im Blick haben muß, nicht ersetzen.

Wer wie die Grünen ein sofortiges Abschalten verlangt, oder wie die SPD durch unklare Aussagen über die tatsächlichen Möglichkeiten und Zeiträume den Bürgern Sand in die Augen streut, handelt unverantwortlich und unglaublich, denn

- Arbeitsplätze würden gefährdet und unsere Wirtschaft würde in die Strukturkrise größten Ausmaßes gestürzt.
- Die Rückkehr zur verstärkten Verbrennung von fossilen Brennstoffen würde zur unwiederbringbaren Ausbeutung unserer Welt führen. Von den begrenzten Vorräten nicht erneuerbarer Rohstoffe würden wir späteren Generationen nichts übrig lassen. (Gelten die Argumente des Club of Rome plötzlich nicht mehr?)
- Zusätzliche Kohlekraftwerke würden die Luftverunreinigung drastisch ansteigen lassen. (Ist eigentlich die ganze Diskussion um das Waldsterben vergessen? – Hat die SPD die Kampagne gegen die Inbetriebnahme des Salzkohlekraftwerks Buschhaus vergessen?)
- Der Treibhauseffekt des Kohlendioxyd (Erwärmung der Atmosphäre), das große ökologische Risiko der Kohleverfeuerung trotz aller Rauchgasreinigung, würde zu einer schleichenden Katastrophe noch schlimmeren Ausmaßes

als Tschernobyl führen können.

- Die Chancen der Länder der Dritten Welt würden energiepolitisch endgültig so eingeschränkt, daß sie kaum noch eine Entwicklungschance behalten.

An Sicherheit für unsere Bürger würde durch eine sofortige Abschaltung unserer Kernkraftwerke nichts gewonnen, weil die sichersten Werke stillgelegt und die weniger sicheren im Ausland weiterlaufen würden.

Wir müssen deshalb eine internationale Vereinbarung anstreben für eine verbindliche Festlegung der höchstmöglichen Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke und ihre Kontrolle durch die internationale Atombehörde durchsetzen.

Eine solche differenzierte Betrachtungsweise, die weder „Sofort abschalten“ sagt, noch von sturem Durchhalten ausgeht, wird manche nicht befriedigen. Aber wir sind gebunden an Entscheidungen, die von verantwortlich denkenden und abwägenden Politikern aller Parteien in Bund und Ländern vor 30, vor 20 und noch vor 10 Jahren getroffen worden sind. **Wir können uns nicht künstlich eine Stunde Null verschaffen. Wir müssen von dem ausgehen, was da ist und die Energiepolitik langfristig steuern.** Wir halten es für unsere politische Verantwortung, die Steuerung der Technik nicht aus der Hand zu geben, sondern mit einer neuen Sensibilität für Sicherheits- und Verträglichkeitsprobleme sie wieder voll in die Hand zu bekommen. Wir dürfen es nicht zulassen, daß bloße technische und wirtschaftliche Zwänge unsere politischen Entscheidungen einschränken und ein politisch verantwortliches Handeln unmöglich machen. Wir müssen uns vor allem bewußt sein, daß die Dimension unserer Verantwortung bei diesen Fragen weit über unser Land und über unsere Generation hinausreicht.

#### Unsere Autoren:

Bundeskanzler  
Dr. Helmut Kohl, MdB  
Bundeskanzleramt  
5300 Bonn 1

Minister  
Dr. Werner Remmers, MdL  
Umweltministerium  
3000 Hannover

Bundesminister  
Dr. Werner Dollinger, MdB  
Bundesministerium für Verkehr  
5300 Bonn 2

Kirchenpräsident  
Dr. Hartmut Löwe  
Kirchenamt der EKD  
Herrenhäuserstr. 12  
3000 Hannover

Ministerpräsident  
Dr. Lothar Späth, MdL  
Staatsministerium  
7000 Stuttgart

Staatssekretär  
Dr. Wolfgang von Geldern, MdB  
Bundesministerium für Ernährung  
Landwirtschaft und Forsten  
5300 Bonn 1

# Steht die evangelische Kirche links?

EKD-Präsident Hartmut Löwe nimmt Stellung

Vergrößerungen sind unvermeidlich. Weil jedermann für seine Überzeugungen Bündnispartner sucht, will er auch wissen, wo die evangelische Kirche zu finden ist. Steht sie nicht hinter ihm, so erhält sie ihren Platz rechts oder links neben ihm. Das ist wichtig: Die Einordnung ist vom eigenen Standort abhängig. Für die Befürworter der sogenannten Nachrüstung stand die evangelische Kirche links, viele Christen in der Friedensbewegung aber fühlten sich zur gleichen Zeit von ihr verlassen und beklagten, daß sie noch immer auf der Seite der Mächtigen stehe, also rechts. Was ist richtig? Die Wahrheit geht nicht in forschen Behauptungen auf. Der eigene Standort bestimmt das Urteil. Eifernde Diffamierungen besagen nicht viel. Sie breiten freilich eine böse Stimmung und ein ungutes Klima aus.

Etwas an dem Verwirrspiel, wo denn die evangelische Kirche heute stehe, ist aber fraglos richtig. Spät erst, als Konsequenz der Barmer Theologischen Erklärung vor 50 Jahren, hat sie den Auftrag zur christlichen Verantwortung auch in den öffentlichen Dingen von Staat und Gesellschaft entdeckt.

Seitdem ist sie nicht mehr wie in den Zeiten zuvor ein gehorsamer Diener der Regierenden, sondern deren kritischer Partner. Die evangelische Kirche ist dabei kein Dauernörgler. Sie spricht nicht nur aus aktuellem Anlaß ein unmißverständliches Ja zum Staat, wenn Terroranschläge die staatliche Ordnung bedrohen und utopischer Wahn die Voraussetzungen von Frieden und Freiheit und Gerechtigkeit gefährden. **Synode und Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) haben im Jahre 1985 grundsätzlich und einmütig dem Staat des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland die Anerkennung und Ehre gegeben, die ihm nach biblischer Einsicht und aus bitterer**

**geschichtlicher Erfahrung zukommt.**

Mehr freilich nicht. Niemals wieder soll um Gottes und der Menschen willen eine evangelische Kirche zum verlängerten Arm oder Sprachrohr des Staates werden. Weil Menschen fehlbar sind und kurzatmig agieren, stellen die zur Leitung in der Kirche Berufenen als konkrete Erinnerung an Gottes Gebot immer wieder kritische Fragen, ob sie nun gerne gehört werden oder nicht. Zum Beispiel so: Hast du, Regierung der Bundesrepublik Deutschland, bei aller notwendigen und dem Frieden dienenden Anlehnung an deine westlichen Partnerstaaten, den anderen Teil Deutschlands, den Ausgleich mit den östlichen Nachbarn ausreichend im Blick?

Oder: Wenn die Mitchristen im südlichen Afrika eine stärkere Zuwendung und klarere Haltung der Industriemächte in der Überwindung der Gottes Gebot mißachtenden Politik der Apartheid fordern, kann der Rat der EKD nicht nur zuhören, sondern muß um des Friedens und der Menschenwürde willen seine Einsichten, wie ein schreckliches Blutbad vermieden und eine hoffnungsvolle Entwicklung gefördert werden kann, öffentlich aussprechen, ob das nun gefällt oder mißfällt. Prügel gibt es von allen Seiten. Der Gefahr des Irrtums wegen aber zu schweigen, wäre kein Ausweg. **Es gibt keine Verantwortung ohne Mut und die Bereitschaft zum Risiko.**

Schließlich: Wenn Probleme mit ausländischen Mitbürgern und Menschen, die Asyl suchen, von denen, die die Meinung machen, zum Anlaß genommen werden, die gerne kochende Volksseele in Wallung zu bringen und die notwendige eigene Teilhabe an weltweiten Belastungen abzuschüt-

teln, muß die evangelische Kirche – übrigens in voller Gemeinsamkeit mit der römisch-katholischen Schwesterkirche – den Blick auf die wirklich anstehenden Fragen lenken und an die materiellen und menschlichen Ressourcen erinnern, die zur Behebung von Nöten noch nicht ausgeschöpft sind. Jesu Gebot der Nächstenliebe gilt nicht nur bei schönem Wetter.

Bei solcher öffentlich vorgetragenen Kritik bleibt es nicht aus, daß die Regierenden, sofern sie zögern zu handeln oder eine andere Position einnehmen, die Mahnung der Kirche ebenso ungern hören wie die ihnen natürlicherweise widersprechende politische Opposition. Wird zusätzlich ein kirchliches Votum im Fernsehen in unmittelbarer Nachbarschaft zu einer ähnlichen Ausgabe des Vorsitzenden der oppositionellen Partei gesendet, entsteht der Eindruck: Die Kirche ist selber Partei geworden, in diesem Falle opponierende. Das Urteil setzt sich fest: Die evangelische Kirche steht links.

Nicht jede Verwechslung läßt sich vermeiden. Im Getümmel des Alltags gerät jeder vorübergehend in wechselnde Nachbarschaften. **Falsch ist die Wahrnehmung nicht**, daß von Anbeginn die römisch-katholische Kirche CDU und CSU favorisiert, die evangelische Kirche aber in nicht wenigen Punkten sich mit Positionen trifft, die auch in der SPD zu Hause sind. Das ist einerseits ein Faktum, andererseits aber auch eine Aussage, diesen unnormalen Zustand in beiden Kirchen und in allen Parteien produktiv zu überwinden. Wer nun aber deshalb schon die römisch-katholische in die rechte und die evangelische Kirche in die linke Ecke stellt, vereinfacht nicht nur die wirklichen



Sachverhalte in den Kirchen, sondern nimmt auch die Breite der Positionen und Meinungen in den großen Parteien nicht wahr. Es geht viel bunter zu, als die Polemik wahrhaben möchte.

Die evangelische Kirche, soviel ist richtig, hat im Blick auf ihre öffentliche Verantwortung noch nicht die volle Lektion gelernt. Dazu waren auch die letzten 50 Jahre im Vergleich zu einigen

hundert Jahren zuvor eine zu kurze Spanne Zeit. Sie ist, so scheint es bisweilen, auf Kritik versessen und versäumt die in unsicheren Zeiten ebenso notwendige Erhaltung des Bewährten und die Bestätigung von Recht und Ordnung und innerem Frieden. Aber der allgemeine Lärm in einer fast nur noch das Politische zur Kenntnis nehmenden öffentlichen Meinung darf nicht in die Irre

führen. Die evangelische Kirche steht nicht rechts und nicht links. Sie steht, hoffentlich, wie Maria und Johannes unter dem Kreuz Jesu. An diesem Ort göttlicher Gegenwart schmerzt nicht mehr üble Nachrede. Schmerzhaft allein ist im Aufblick zu Jesus die Gottesblindheit der Menschen.

**Anmerkung:** Dr. Hartmut Löwe ist Präsident des Kirchenamtes der EKD in Hannover.

## Kirche und Staat in partnerschaftlichem Verhältnis

– Erfreulicher Dialog zwischen EKD und Bundesregierung –

Auf Einladung von Bundeskanzler Helmut Kohl trafen sich am 11. September 1986 die Bundesregierung und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zu einem dreistündigen Meinungsaustausch im Bundeskanzleramt.

Mit dieser Begegnung wurde der Dialog zwischen der Bundesregierung und der Evangelischen Kirche in Deutschland in Anknüpfung an das am 5. Juni 1986 geführte Gespräch fortgesetzt.

Auf Seiten des Rates der EKD nahmen u. a. teil dessen Vorsitzender, Bischof Dr. Martin Kruse, der Präses der Synode der EKD, Dr. Jürgen Schmude, MdB, der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, D. Gerhard Brandt, sowie der Bevollmächtigte des Rates der EKD am Sitz der Bundesrepublik Deutschland, Bischof Heinz-Georg Binder.

Die Bundesregierung war unter anderem vertreten durch den Bundeskanzler sowie die Bundesminister Hans-Dietrich Genscher, Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Walter Wallmann, Dr. Jürgen Warnke, Heinrich Windelen, Staatsminister Friedrich Vogel, den Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt und den Autor des folgenden Beitrages, den stellvertretenden EAK-Bundesvorsitzenden, Bundesminister Dr. Werner Dollinger.

Der Meinungsaustausch zwischen dem Bundeskanzler und Mitgliedern der Bundesregierung mit dem Ratsvorsitzenden und Mitgliedern des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland war

von den Themen her wichtig und in Verlauf und Ergebnis beeindruckend.

Die Spannweite der EKD mit ihren 17 Landeskirchen, mit Lutheranern, Reformierten und Unierten, die öffentlichen Synoden – diese Gegebenheiten haben oft das Verhältnis zwischen Kirche und Staat belastet. Ich erinnere an die Debatte der EKD-Synode über Wehrpflicht, NATO und Kernkraft. Auch die Demokratie-Denkschrift der EKD gab viel Diskussionsstoff. Das Auftreten von Pfarrern im Talar bei Demonstrationen brachte berechtigten Ärger bei Vielen. Obwohl hier auch gesagt werden muß, daß die große Mehrheit der Geistlichen gewissenhaft ihren seelsorgerlichen Aufgaben nachkommt.

Schon oft wurden Gespräche zwischen Regierung und EKD geführt. Bei dieser Gelegenheit wurde die Stellung der Kirche in Staat und Gesellschaft auf der Grundlage der EKD-Studie „Christsein gestalten“ diskutiert. Der Christ ist nicht nur Mitglied seiner Kirchengemeinde, sondern auch Staatsbürger und lebt so im politisch bestimmten Raum. Als kritische Wegbegleiter und mahnendes Gewissen wollen Kirche und Staat einander ergänzen.

Spannungen, die immer wieder auftreten, sollten nicht gleich überraschen; denn sie sind oft natürlich. Manche erregende Auslassung eines Pfarrers, breit dargestellt, hat allerdings häufig nichts mit der offiziellen Auffassung der Kirche zu tun. Wesentlich ist, daß ein jeder Teil seine Grenzen kennt. Luthers Lehre von den zwei Reichen könnte ebenso hilfreich sein, wie die Confessio Augustana.

Aus dem Evangelium können jedoch nicht politische Probleme gelöst werden. Vielmehr bedeutet es eine Gefahr, sich bei politischen Entscheidungen, ohne die entsprechenden Sachkenntnisse zu besitzen, aufs Evangelium zu berufen. Daher stellen sich Bedenken ein, wenn man aus dem Evangelium und dem christlichen Glauben meint, in politischen Fragen An-

*Vertrauen  
gibt dem Gespräch  
mehr Stoff  
als der Geist.*

La Rochefoucauld



spruch auf die absolute Wahrheit zu haben. Deshalb ist der Dialog zwischen Kirche und Politik so notwendig und wichtig, wobei dieser von beiden Seiten offen und aufgeschlossen geführt werden muß. Ohne aufeinander zu hören geht es nicht!

Viel kann die Kirche durch ihre Fragen und Beiträge, durch ihren moralischen Einfluß zur Versachlichung von umstrittenen Themen beitragen. So freue ich mich, wenn ein Pfarrer sich mit Verkehrssicherheit befaßt und sich jedoch vor einer Meinungsäußerung die not-

wendigen Informationen einholt, um dann Folgerungen zu ziehen. Gerade bei diesem Thema zeigt sich, daß gute Ergebnisse die Verantwortlichkeit des Bürgers für sich und für den Nächsten brauchen. Also, Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat.

## Leitlinien zu politischen Stellungnahmen aus dem kirchlichen Bereich

1. Um eine Entwertung zu vermeiden, soll sorgfältig geprüft werden, ob ein dringender Anlaß zu einer kirchlichen Stellungnahme besteht. **Jeder Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter muß bedenken, daß seine öffentliche Äußerung als „Reden der Kirche“ verstanden werden kann.**

2. Wenn sich Pfarrer politisch äußern, müssen sie bedenken, daß sie in der Gemeinschaft der Ordinierten stehen. Diese Gemeinschaft gewährt ihnen Schutz und Hilfe und verpflichtet jeden einzelnen, seine eigene Gewissensentscheidung in der Ausübung seines Dienstes ständig am Urteil der anderen zu überprüfen. Der Pfarrer ist

zur Verkündigung des Evangeliums verpflichtet, das freilich nicht nur sammelt, sondern auch Scheidungen auslöst. Gleichzeitig trägt er Mitverantwortung für die Einheit der Kirche. In diese Spannung gerät ein Pfarrer immer wieder auch dann, wenn er das Wort Gottes in die politische und gesellschaftliche Dimension hinein auszulegen versucht.

**Vor Abgabe einer politischen Stellungnahme muß ein innerkirchlicher Konsens versucht werden.** Dieser Versuch ist auch geboten, um gegenteilige kirchliche Äußerungen zu vermeiden, die sich gegenseitig abschwächen oder sogar aufheben. Der Versuch, Konsens zu erreichen, sollte in einem

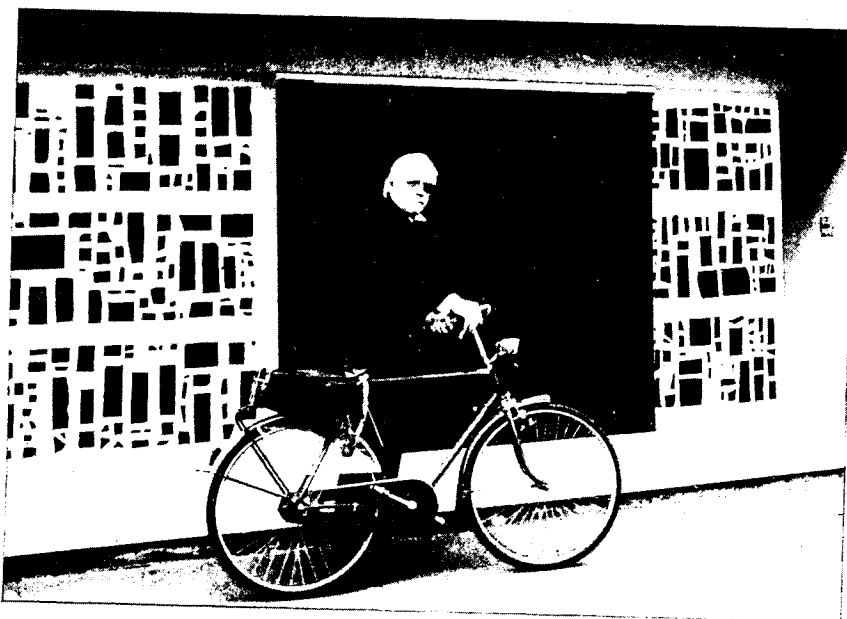
### Wort der Besinnung

*Wenn etwas heute aufhören muß,  
so ist es die Überheblichkeit,  
die sich erlaubt, was Propheten,  
Apostel und Reformatoren sagen  
durften, ohne den Beweis des  
Geistes und der Kraft nachzusagen.*

Karl Barth, 1920

überlegten Abstimmungsprozeß angestrebt werden. Es empfiehlt sich, je nach Lage des Falles, das Pfarrkapitel oder den Dekan, gegebenenfalls auch den Kreisdekan, einzuschalten. Auch eine Besprechung im Kirchenvorstand oder im Dekanatsausschuß kann sich empfehlen. Das Landeskirchenamt ist bereit, im Rahmen seiner Möglichkeiten Informationshilfen zur Verfügung zu stellen. In nicht wenigen Grundfragen kann auch auf bereits erfolgte Stellungnahmen kirchlicher Organe oder kirchlicher Einrichtungen Bezug genommen werden. So leisten insbesondere die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland oftmals einen guten Dienst.

3. Bei allen Stellungnahmen aus dem kirchlichen Bereich muß **Rücksicht auf Andersdenkende** genommen werden. Abweichende Auffassungen sollten daher dargestellt werden. Andersdenkende sollten Gelegenheit zu Rückfragen und zu Widerspruch bekommen. Das Bemühen, zu einer Übereinstimmung zu kommen, darf nie auf-



„Leitlinien“ für eine kirchliche Kleiderordnung sind nach Meinung von Oberkirchenrat Hermann Kalinna, Stellvertreter des Bevollmächtigten der EKD am Sitz der Bundesrepublik Deutschland, nicht nötig. Er selbst fährt im Lutherrock auf dem Fahrrad ins Bonner EKD-Büro.

gegeben werden. Daraus kann sich unter Umständen ein schweres Ringen um den Nachweis der Schrift- und Sachgemäßheit kirchlichen Redens ergeben. Niemand kann ausschließen, daß es hier zu Versagen und Schuld kommt, auch durch Schweigen, wo man hätte

reden müssen. Aber auch in solchen Situationen gibt es den Zuspruch der Vergebung. Selbst wenn schwerwiegende Differenzen bestehen bleiben, muß die gemeinsame Aussage möglich sein: „**Wir bleiben unter dem Evangelium beieinander.**“

**Anmerkung:** Gewisse Verunsicherungen durch veröffentlichte Äußerungen der Kirche veranlaßten den Landeskirchenrat und den Landessynodalausschuß der Evangelisch-Lutherischen Kirche Bayerns, Leitlinien zu politischen Stellungnahmen aus dem kirchlichen Bereich erarbeiten zu lassen. Vorstehend haben wir den zweiten Teil des nun veröffentlichten Diskussionspapier wiedergegeben.

## Lothar Späth: Was mir wichtig ist

Derzeit mehren sich die Stimmen, die von Christen beider Konfessionen fordern, sie sollten zu den drängenden Problemen der Zeit wie Abrüstung, Arbeitslosigkeit oder Umweltpolitik – in diesen Wochen insbesondere auch Energiepolitik – klare Positionen erarbeiten und diese dann in einmütiger, bekennnisthafter Haltung vertreten. Wenn ich es recht sehe, werden solche Forderungen noch mehr in unserer evangelischen als in der katholischen Kirche laut. Für die Katholiken hat sich nach dem zweiten Vatikanischen Konzil weitgehend die Erkenntnis durchgesetzt, daß sich aus dem Glauben keine eindeutigen Lösungen für die Probleme im Bereich von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik ergeben.

Nun sprechen sich die Organe der evangelischen Kirche selber auch keine weltliche Zuständigkeit zu. Sie halten sich in der Regel an die lutherische Lehre von den zwei Reichen, dem Reich des Heils und dem Reich der Vernunft, die freilich beide, das geistliche wie das weltliche Reich, Gottes Reiche sind, auch wenn er in ihnen seine Herrschaft auf unterschiedliche Art und Weise ausübt.

Gleichwohl gibt es vor allem in der evangelischen Praxis eine unleugbare Politisierung von Teilen der Geistlichkeit – nachdem wir die Phase einer Klerikalisierung der Politik glücklich überwunden haben – wobei die er-

stere eher ein Problem der evangelischen Kirche ist, während die letztere eher ein Problem der katholischen Kirche war. Nicht zufällig sah sich der frühere badische Landesbischof Professor Heidland einmal in einem Brief an die Pfarrer und Pfarrerrinnen zu dem Hinweis genötigt: „Unbedingte Golddeckung besitzt unser Wort nur für die Verkündigung des Heilshandelns Gottes“. Und er warnte davor, „daß wir nicht den Kredit, den wir durch unseren Dienst am Evangelium besitzen, für die Propagierung unserer politischen Meinungen und Einsichten ausnützen. Wir nutzen ihn in Wahrheit nicht nur aus, sondern ab“.

Jene Pfarrer, die ihre politische Meinungsbildung nicht – wie jeder andere auch – als Staatsbürger unter anderen Staatsbürgern treffen, sondern ihr politisches Engagement aus ihrem Amt ableiten, tun meiner Überzeugung nach weder dem Glauben und seiner Verkündigung, noch der Politik und dem politischen Handeln einen Dienst. Sicherlich: der Friede, das Leben sind höchste Güter, für den Christen in Gott selbst begründet und damit jedem unbedingt verpflichtend. Wie jedoch der Friede in der jeweiligen Situation am besten zu sichern sei, mit welchen Gesetzen der Staat das Leben schützen solle, das sind Fragen, auf welche Glauben und Theologie keine Antwort geben. Sie müssen je-



Ministerpräsident Dr. Lothar Späth

weils nach bestem Wissen und Gewissen gelöst werden.

Das ist es dann, was mich an der skizzierten Entwicklung am meisten besorgt macht: der geistliche Übergriff in die Freiheit des anderen Christen, die diesen in seinem Gewissen zumindest tendenziell entmündigt. Daß dabei nicht selten mit Forderungen und Verurteilungen recht leichtfertig umgegangen wird, macht die Sache keineswegs besser.

Was mir wichtig ist: daß auf diese Art und Weise nicht die im christlichen Glauben beschlossene Entmachtung des Staates, letzte verbindliche Autorität zu sein, die – um Martin Honecker,

dem Bonner evangelischen Sozialethiker, zu folgen – den Staat zwar nicht freisetzt von ethischen Bewertungen, wohl aber ihm die Freiheit zu pragmatischer, zweckdienlicher Gestaltung politischer Verhältnisse gewährt –

daß diese christliche Errungenschaft nicht durch eine neuerliche politische Überfrachtung des Staates im Namen von Religion und Kirche abermals eingeengt oder gar aufgehoben wird. Den Schaden hätten wir alle, und wir

Christen mit unseren Kirchen zumal.

**Anmerkung:** Lothar Späth ist Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg und Gemeindeglied der evangelischen Kirchengemeinde Stuttgart-Botnang.

## Futtermittelimporte aus Entwicklungsländern

– Schuld am Hunger in der Dritten Welt? –

Wolfgang von Geldern

Die kritische Ernährungslage Afrikas hat die öffentliche Diskussion über die Ursachen von Armut und Hunger neu entfacht. Immer häufiger wird dabei die Auffassung vertreten, die Futtermittelimporte der Industrieländer aus Entwicklungsländern seien die eigentliche Ursache des Hungers in diesen Ländern. Es stellt sich daher die Frage, ob diese These den Fakten standhält.

Wichtig ist zunächst, daß es keineswegs die Entwicklungsländer allein sind, die Futtermittel in die Industriestaaten liefern. Auf die EG bezogen heißt dies konkret: etwa die Hälfte der Importfuttermittel wird aus Industrieländern bezogen, vor allem aus den USA. Nur etwa die

Hälfte des Bedarfs stammt somit aus Entwicklungsländern.

Bei den Lieferländern aus der Dritten Welt, die Futtermittel in einer relevanten Größenordnung exportieren, handelt es sich um eine relativ kleine Gruppe von Ländern, die zu den sogenannten Schwellenländern zählen. Es sind dies Brasilien und Argentinien (Sojaerzeugnisse), Thailand und Indonesien (Tapioka) sowie Malaysia und Indonesien (Ölkuchen und Ölschrote). Für die weitaus überwiegende Zahl der – in der Regel ärmeren – Entwicklungsländer sind Futtermittelausfuhren von untergeordneter Bedeutung. Afrika, der eigentliche Problemkon-

tinental für die Welternährung, ist an den Futtermittelausfuhren der Dritten Welt am wenigsten beteiligt.

Hinzu kommt, daß selbst in den genannten Hauptlieferländern Futtermittel nicht den Schwerpunkt des Agrarexports bilden. In den zurückliegenden Jahren hat der Anteil der Futtermittel am Agrarexport bei Brasilien 25 % nicht überschritten; größter Ausfuhrposten war Kaffee/Kakao. Bei Thailand hat der Exportanteil 30 % nicht überschritten; größter Ausfuhrposten war Reis. Thailand ist – bei gesicherter Eigenversorgung – größter Reisexporteur der Welt!

Die Kritik an den Futtermittelausfuhren der Hauptlieferländer geht auch insofern von falschen Voraussetzungen aus, als diese Länder eine deutlich positive Agrarhandelsbilanz vorweisen können.

### Keine Nahrungsmittelfizite

Futtermittellieferungen zwingen also nicht im Gegenzug zur Einfuhr von Grundnahrungsmitteln oder anders ausgedrückt: Lieferländer von Futtermitteln sind keine typischen Defizitländer für Nahrungsmittel. Mehr noch: diese Länder sind bestrebt, den Verarbeitungsgrad ihrer Erzeugnisse kontinuierlich zu erhöhen, damit möglichst viel Wertschöpfung und Beschäftigung im Lande bleibt.

An dieser Stelle empfiehlt es sich, zur Verdeutlichung der Fakten



Dr. Wolfgang von Geldern, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

und der Zusammenhänge über die Futtermittel hinaus auch die anderen wichtigen Exportkulturen der Entwicklungsländer (wie Kaffee, Tee und Kakao) in die Analyse einzubeziehen, zumal der pauschale Vorwurf erhoben wird, die Ansprüche der Bevölkerung in den entwickelten Ländern an hochwertige Nahrungs- und Genußmittel „verleitet“ die Entwicklungsländer zum Abbau entsprechender Exportkulturen unter Verzicht auf den Anbau von Grundnahrungsmitteln. Dieser Vorwurf ist nicht aufrechtzuerhalten, da Exportkulturen praktisch nicht mit Anbaufläche für Grundnahrungsmittel in Entwicklungsländern konkurrieren. Hier die wichtigsten Gründe:

- Flächen für Exportkulturen fallen vom Umfang her nicht ins Gewicht, denn – weltweit gesehen – beanspruchen diese Kulturen nicht mehr als 5% der landwirtschaftlichen Nutzfläche, in einzelnen Ländern höchstens bis zu 10%.
- Standortgegebenheiten und ökologische Erfordernisse schließen den Anbau einjähriger Ackerkulturen (und damit von Grundnahrungsmitteln) vielfach aus. Denn Dauerkulturen, wie z. B. Kaffee, Kakao, Tee und Kautschuk schützen den Boden gegen Wasser- und Winderosion. Andererseits bilden Sojabohne und Erdnuß wichtige Glieder in der Fruchtfolge (Stickstoffbindung im Boden).
- Neben der Erzeugung von Grundnahrungsmitteln haben

auch andere existentielle Grundbedürfnisse der Bevölkerung hohes Gewicht. Der Baumwollanbau z. B. ist arbeitsintensiver als der Anbau von Getreide; Kokospalmen z. B. liefern oft lebenswichtige Nebenprodukte wie Fasern, Brennmaterial und Ölkuchen für die Tierfütterung.

Die Deviseneinnahmen aus Exportkulturen bilden die Haupteinnahmequelle vieler Entwicklungsländer. Häufig kann aus den Exporterlösen ein höherer Beitrag zur Ernährung der Bevölkerung bestritten werden als über den direkten Anbau von Grundnahrungsmitteln auf dafür weniger geeigneten Böden und Standorten.

Hier zur Erläuterung einige Beispiele:

- Sri Lanka erwirtschaftet auf seinen – für den Ackerbau ohnehin wenig geeigneten – Teeanbauflächen Devisen, die dem Land den Import der 2 1/2fachen Reismenge ermöglichen, die es auf guten Böden selbst erntet.
- In Brasilien übersteigt der Wert der Sojaproduktion je ha den des Weizens um mehr als das Dreifache.
- Marokko kann mit den Devisenerlösen von 1 ha Tomaten Weizen kaufen, für den bei eigenem Anbau 20 ha Ackerland benötigt würden.

Schließlich dürfen die sozio-ökonomischen und politischen Gegebenheiten sowie das legitime souveräne Handeln dieser Länder nicht

außer Betracht bleiben. Exportkulturen haben in der Regel auch deshalb ein so hohes Gewicht, weil die Grundnahrungsmittelpreise für die rasch wachsende städtische Bevölkerung vielfach bewußt niedrig gehalten werden. Ein gehöriges Maß an souveräner Politiksetzung ist also in zahlreichen Ländern mitverantwortlich, wenn nicht gar ausschlaggebend dafür, daß die für eine eigenständige Nahrungsmittelproduktion so wichtigen Produktionsanreize so sehr hinter denen der Exportkulturen zurückbleiben.

### Stabilisierung der Einfuhren

Es sollte in diesem Zusammenhang auch nicht unerwähnt bleiben, daß es – wie z. B. bei Futtermitteln belegbar – nicht die wohlhabenden Länder sind, die mit Macht auf immer größere Einfuhren drängen. Seit Jahren nämlich versucht die EG-Kommission mit Unterstützung der Bundesregierung zumindest eine Stabilisierung dieser Einfuhren zu erreichen. Vielmehr sind es gerade die Entwicklungsländer, die z. T. massiv auf verbesserte Exportmöglichkeiten drängen. Hierzu nur ein Beispiel aus jüngster Zeit: Die EG hat mit Thailand nach dem Beitritt von Spanien und Portugal ein neues Selbstbeschränkungsabkommen bei Tapioka vereinbart, das höhere Liefermengen vorsieht. Thailand war letztlich aus übergeordneten politischen und wirtschaftlichen Gründen zum Abschluß dieses Abkommens bereit, doch be-

## „Umgang mit dem Leben“

– Politische und ethische Herausforderungen durch Wissenschaft und Technik –

Landestagung des EAK-Hamburg

am 29. November 1986 um 10.00 Uhr, im Congreß-Centrum Hamburg, Saal 6

- u. a. mit: Jürgen Echternach, MdB, Landesvorsitzender der CDU Hamburg  
 Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB, Vorsitzender des EAK der CDU Hamburg  
 Prof. Dr. Martin Honecker, Bonn  
 Dr. Hanna Neumeister, MdB, Hildesheim  
 Prof. Dr. S. Trotnow, Frankfurt

trachtet es die vereinbarten höheren Exportmengen – für sich gesehen – als nicht ausreichend!

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß ein Zusam-

menhang zwischen Exportkulturen einerseits und Mangellagen bei Grundnahrungsmitteln andererseits für Entwicklungsländer nicht belegbar ist. Ein Verzicht auf diese

Exporte oder gar ein (moralisch motivierter) Einfuhrboykott der wohlhabenden Länder würde Armut und Hunger in der Dritten Welt eher vergrößern als vermindern.

---

## Aus unserer Arbeit

---

---

### „Neue Armut“!?

---

**Calw.** Bruno Heuchert, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises in Calw, begrüßte zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Neue Armut“ nicht nur zahlreiche Mitglieder und Freunde sondern auch die Vertreter der Diakonie, **Erich Schnurr** von der Diakonischen Bezirksstelle und **Gerhard Höschele** vom Diakonischen Werk Württemberg.

Heute zeige sich, so Bruno Heuchert, daß auch Einsparungen im Sozialbereich nach Übernahme der Regierungsverantwortung durch CDU/CSU und FDP notwendig und richtig gewesen seien. Die erreichte wirtschaftliche Stabilität käme vor allen Dingen Bürgern mit kleinem Einkommen zugute. Demgegenüber zeigten Diakon Schurr und sein Kollege Höschele gesellschaftliche Problemgruppen auf, etwa Witwen mit niedriger Rente oder alleinerziehende Mütter, für die es noch Verbesserungen zu erreichen gelte.

Die nächste Veranstaltung des EAK-Calw steht unter dem Thema „Das Alter – Problem der Zukunft“.

---

### EAK-Jahrestagung in Schleswig-Holstein

---

**Kiel.** Der Evangelische Arbeitskreis Schleswig-Holstein konnte in Kiel als Hauptredner seiner Jahrestagung den

Landesvorsitzenden der CDU, Bundesfinanzminister **Dr. Gerhard Stoltenberg**, begrüßen. Er sagte in seinem Referat über „Sozialethische Neuorientierung deutscher Politik“ u. a., daß viele in der Evangelischen Kirche sich offenbar nicht vorstellen könnten, wie sehr soziales Denken und freie Marktwirtschaft zu vereinbaren seien. Oftmals habe man den Eindruck, daß gelegentlich auch in kirchlichen Dokumenten Begriffe aus dem Neomarxismus Eingang gefunden hätten. Die soziale Marktwirtschaft, wie von Erhard und Müller-Armack intendiert, sei durchaus mit sozialethischen Maßstäben zu begründen.

Anschließend beantwortete Dr. Stoltenberg Fragen aus dem Kreis der Tagungsteilnehmer, die sich in der Kieler Hermann-Ehlers-Akademie zusammengefunden hatten. Dabei konnte auch manche Frage aus dem Bereich der Steuern- und Abgabenpraxis beantwortet werden.

Der zweite Teil der Tagung war einem ausgiebigen Podium zu Fragen der Arbeitslosigkeit, wie sie von Politik, Kirche und Gesellschaft heute diskutiert werden, gewidmet. Unter Leitung von Prof. **Dr. Walther** von der Bundeswehr – Universität Hamburg, erörterten namhafte Vertreter aus dem Institut für Weltwirtschaft, der DAG, der Arbeitsverwaltung, der Kirche und dem Wirtschaftsrat der CDU die aktuellen Probleme der in Schleswig-Holstein durch die Wertfenkrise besonders gravierenden Arbeitslosigkeit.

Wolfgang Baader

---

### Keine Landesmittel in NRW für „Mutter und Kind“

---

**Mülheim.** In einem Brief an Superintendent Friedrich Leßmann und den Kreis-synodalvorstand schreibt die Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Mülheim, **Renate Sommer**:

Im Grundsatzprogramm der Christlich-Demokratischen Union steht der Satz „Würde und Leben des Menschen – auch des ungeborenen – sind unantastbar“.

Wenn in einem der reichsten Länder der Welt jährlich hunderttausende von Kindern im Mutterleib getötet werden, kann uns das als evangelische Christen in der CDU nicht gleichgültig lassen. Vielmehr muß unser Bestreben sein, Leben zu erhalten, wo immer dies möglich ist. Wir wissen uns mit unserer Kirche darin einig.

Die Ursachen für Schwangerschaftsabbrüche sind vielfältig. Finanzielle Hilfen allein reichen oft nicht aus, das werdende Leben zu erhalten. Gleichwohl können sie zur Bereitschaft, ein Kind auszutragen, wesentlich beitragen.

Die Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz für das ungeborene Leben“ hat schon sehr segensreich gewirkt. Daß es – wie bei allen gesetzlichen Maßnahmen – auch hierbei gewisse „Mitnahmeeffekte“ geben mag, spricht nicht gegen sie.

Mit Befremden und Unverständnis vermerken wir daher, daß das Land Nord-

---

### Einladung zum 6. „Bonner Theologischen Gespräch“

## Friede auf Erden – Weihnachten heute

Vortrag des Präsidenten des Diakonischen Werkes, **Pfarrer Karl-Heinz Neukann**

**am 15. Dezember 1986 um 18.30 Uhr**

im Kleinen Saal des Konrad-Adenauer-Hauses, Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 73-75

rhein-Westfalen – im Gegensatz zu den CDU-regierten Ländern – nach wie vor nicht bereit ist, die Bundesstiftung durch Landesmittel aufzustocken.

Wir bitten den Kreissynodalvorstand – gegebenenfalls auch die Kreissynode –, die Landesregierung zu einer solchen Aufstockung aufzufordern.

Mit dieser Bitte verbinden wir zugleich die Hoffnung, daß die Mahnungen der Kirchen vielleicht eher Gehör finden.

### Ja zu neuer Technik – für humane Zukunft

**Aachen.** „Zentrale Aufgabe jeder Gesellschaftspolitik, die dem Menschen dienen will, ist es, Arbeit für alle zu schaffen. Das ist der Maßstab für eine humane Gesellschaft.“ Diesen Anspruch formulierte **Wolfgang Vogt**, Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, während eines Vortrages zum Thema „Gesellschaftspolitik für eine humane Zukunft“. Vogt war der gemeinsamen Einladung der CDU-Sozialausschüsse (CDA) unter Vorsitz von **Armin Bragard**, des Evangelischen Arbeitskreises in der Aachener CDU mit **Dr. Rudolf Neumann** an der Spitze und

des Stadtverbandes Mitte-Ost unter Führung der Stadtratskandidatin **Elisabeth Geusen** gefolgt. Natürlich waren auch der Vorsitzende der Aachener CDU, **Dietmar Katzy**, und der stellvertretende Kreisvorsitzende **Franz Capellmann** unter den Teilnehmern.

### Südafrikatagung in Kehl

**Kehl.** „Brücken über die Apartheid – Christsein im Konfliktfeld Südafrika“ lautete das Thema einer gemeinsam von EAK und Konrad-Adenauer-Stiftung organisierten 2-tägigen Informationstagung, zu der mehr als 150 Teilnehmer am 12. und 13. September 1986 nach Kehl kamen.

Einführende Situationsberichte gaben am ersten Abend Oberkirchenrat **Hermann Kalinna**, Bonn, und der Direktor des Africa Institute of South Africa, Professor **Dr. Erich Leistner**, Pretoria.

Die weltweite Christenheit, so Oberkirchenrat Kalinna, habe sich dem Problem Südafrika sehr spät zugewandt und zeige mit ihrem Ruf nach Taten gegenwärtig ein für Kirche merkwürdiges Mißtrauen in die Kraft des Wortes. Vordringliche Aufgabe der Kirche sei es, Gespräche mit beiden

Seiten zu führen, denn „die Herzen öffnet einzig das Wort“.

Professor Leistner hielt nicht nur der Kirche vor, daß sie wenig dazu beigetragen habe, die Polarisation zwischen Schwarz und Weiß zu verhindern. Er machte deutlich, daß mit dem Regierungsantritt von P. W. Botha erste wirkliche Reformen eingeleitet wurden. Sein Plädoyer, dem begonnenen Reformprozeß mehr Zeit einzuräumen, verband er im Hinblick auf beschlossene und möglicherweise noch zu beschließende Sanktionen gegen Südafrika mit dem Appell „Helfen statt schaden“.

Nach der Morgenandacht von Dekan **Gerd Schmoll** gehörte der zweite Tag weiteren Experten und „Augenzeugen“, unter ihnen Professor **Dr. Hans H. Klein**, Karlsruhe, und Generalbundesanwalt a.D. **Ludwig Martin**, Frankfurt. Erneut rückte die Frage nach dem Sinn von Sanktionen in den Mittelpunkt der Diskussion. Dabei waren sich die Referenten einig, daß die Effektivität solcher Maßnahmen höchst zweifelhaft sei.

Der Journalist **Thomas Kruchem**, Heidelberg, berichtete, daß eine Vielzahl von Gesprächen in Südafrika ihm gezeigt hätten, daß auch die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung gegen Sanktionen sei.

## EAK Termine in Baden – zum Beispiel: Jahresprogramm des EAK im Kreisverband Konstanz

### Thema 1987:

#### „Politische Theologie“

Januar 1987 – Jahresgottesdienst

„Das Gebet Daniels für und um sein Volk“  
(In Vorbereitung)

Donnerstag, den 12. Februar 1987, 20.00 Uhr  
Konstanz, Hotel Barbarossa

„Das Recht und der geplante Mensch“  
Film: „Der stumme Schrei“

Professor Dr. Rolf Stürmer, Steißlingen

Dienstag, den 24. März 1987, 20.00 Uhr  
Radolfzell, Scheffelhof

„Anfechtung und Hoffnung  
des Christen in der Volkskirche“

Pastor Jens Motschmann, Itzehoe

Dienstag, den 28. April 1987, 19.30 Uhr  
Gottmadingen, Café Hond

„Der Kirchenkampf im Nationalsozialismus“  
Oberregierungsrat a.D. Friedrich Böhme, Gailingen

Donnerstag, den 7. Mai 1987, 19.30 Uhr  
Gaienhofen, Hotel Badischer Hof

„Grenzen und Möglichkeiten christlicher Bildung  
im Religionsunterricht“

Oberkirchenrat Professor a.D. Dr. Dieter Walther

Montag, den 25. Mai 1987, 19.30 Uhr  
Singen, Alte Sparkasse

„Christliche Erziehung zu Staat und Politik“

Staatsminister Albrecht Martin, MdL,  
Bundesvorsitzender des EAK, Bonn

Donnerstag, den 18. Juni 1987, 19.30 Uhr  
Stockach, Hotel Fortuna

„Umgang mit der Angst – Bewältigungsformen“

Dr. Michiaki Horie, Facharzt für Neurologie,  
Psychiatrie und Psychotherapie, Kandern

Donnerstag, den 2. Juli 1987, 19.30 Uhr  
Radolfzell, Hotel Seerose

„Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie –  
der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe“

Anmerkungen zur EKD-Denkschrift

Professor Dr. Roman Herzog, Vizepräsident  
des Bundesverfassungsgerichts, Karlsruhe

Dem pflichtete Frau **Dr. Reina Steenwijk**, Leiterin der Informationsstelle über das südliche Afrika und Vertreterin der „Inkatha“-Bewegung von Chief Buthelezi in Europa, bei. Sehr persönliche Erfahrungsberichte von **Dr. Hansjörg Hirschmann**, Bonn, und Pfarrer **Ndabezinhle**

**Musa**, Frankfurt, Afrikareferent der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, rundeten das Bild ab.

Aufgabe und Mahnung für jeden Teilnehmer beinhalten die abschließenden Thesen von Oberkirchenrat **Dr. Dieter Walther**.

Wer sich für die Texte der Referate interessiert, kann sich an die verantwortlichen Organisatoren, **Helmut Rau**, Leiter der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung in 7800 Freiburg, Schusterstr. 34-36 und **Dr. Michael Feist**, Kolberger Str. 19a, 7500 Karlsruhe, wenden.

## Buchbesprechungen

**Erich Psczolla. Großeltern – Eltern – Enkel. Lahr Dinglingen. Verlag der St.-Johannis-Druckerei C. Schweickhardt. 1986.**

Um die Beziehung zwischen Eltern und Kindern insbesondere aber um den pädagogischen Bezug von Enkeln zu Großeltern geht es in dem Buch von Erich Psczolla.

Das Buch ist eine Ermütigung zum familiären Zusammenleben. Dabei teilt der Autor dem Leser nicht nur seine persönlichen Erlebnisse mit, sondern macht ihn mit literarischen Texten bekannt, die, obwohl Fiktion geworden, die Einzelerfahrung spüren lassen. Theodor Fontane z. B. charakterisiert ein wenig spöttisch das Verhältnis zwischen den Generationen auf seine Weise:

### *Die Alten und die Jungen*

„Unverständlich sind uns die Jungen“, wird von den Alten beständig gesungen. Meinerseits möchte ich's damit halten: „Unverständlich sind mir die Alten.“

Dieses Am-Ruder-bleiben-Wollen, in allen Stücken und in allen Rollen, dieses Sich-unentbehrlich-Vermeinen samt ihrer „Augen stillem Weinen“, als wäre der Welt ein Weh getan. – Ach, ich kann es nicht verstah'n!

Ob unsere Jungen in ihrem Erdreisten, wirklich was Besseress schaffen und leisten, ob dem Parnasse sie näher gekommen oder bloß einen Maulwurfshügel erklimmen, ob sie, mit anderen Neusittenverfechtern,

die Menschheit bessern oder verschlechtern, ob sie Frieden sä'n oder Sturm entfachen, ob sie Himmel oder Hölle machen, eins läßt sie steh'n auf siegreichem Grunde: sie haben den Tag, sie haben die Stunde; der Mohr kann gehn, neu Spiel hebt an, sie beherrschen die Szene, sie sind dran.



**Cecil Bødker. Marias Kind, der Junge. Erzählung nach der biblischen Vorlage. 32 Zeichnungen. 192 Seiten, kartoniert 19,80 DM.**

Cecil Bødker erzählt die Geschichte Jesu von seiner Ankündigung bei Maria bis zu seinem 12. Lebensjahr. Sie erzählt sie aus der Perspektive eines jüdischen Mädchens, das auf unerklärliche Weise dazu ausersehen ist, ein heiliges Kind zur Welt zu bringen.

Die Erzählung Marias wird zum Ausgangspunkt einer fesselnden Erzählung über das Leben in einem jüdischen Dorf,

über den Alltag der Maria und des Josef und ihrer Familien. Durch die seltsame Schwangerschaft „zur falschen Zeit“ geraten Maria – und mit ihr der Verlobte Josef – unter einen enormen sozialen Druck. Wie sie ihn meistern, obwohl sich ihnen selbst erst spät die Ereignisse entschlüsseln, ist das eigentliche Thema des Buches. Damit handelt die Erzählung auch von einem zeitlosen Thema: von der Spannung zwischen Individuum und Gesellschaft, zwischen ergebenem Gehorsam gegenüber der Tradition und der Selbstbehauptung von Menschen, die an etwas ganz neuem teilhaben.

Der Autorin gelingt es nicht nur, die alte, bekannte Erzählung in leuchtenden, anschaulichen Bildern zu verdichten und gegenwärtig zu machen; sie wirft auch ein ganz neues Licht auf den biblischen Stoff. Indem sie die Jesus-Geschichte im damaligen religiösen, sozialen und politischen Universum entfaltet, entziffert sie das Mysterium der Jungfrau Maria ebenso wie das der Heiligen Familie. Sie eröffnet einen sehr menschlichen Zugang zu den biblischen Figuren, ohne doch die Verheißung, die sie erfahren haben, und die ihr Leben bestimmt, in Frage zu stellen.

Sie gibt eine einfache, psychologisch recht naheliegende, aber theologisch höchst eigenwillige Darstellung vom Leben der Maria, die Jesus zur Welt brachte, und vom Leben des Jesus, wie Maria es sah.

## „Der Staat des Grundgesetzes“

Landestagung des EAK-Württemberg

am 6. Dezember 1986, um 10.00 Uhr, in Leinfelden-Echterdingen, Filderhalle

u. a. mit:

Dr. Renate Hellwig, MdB

Prof. Dr. Roman Herzog, Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts

Erich Schneider, MdL, Präsident des Landtags von Baden-Württemberg

Uwe Wienholz, Landesvorsitzender des EAK-Württemberg



# 5. Bonner Theologisches Gespräch des EAK der CDU/CSU

– Eindrücke –

„Gruppenbild mit Dame“  
v. li.: Peter W. Höffkes, MdB,  
Peter von der Heydt,  
Bundesminister Dr. Werner Dollinger, MdB,  
Dr. Hildegard Hamm-Brücher, MdB,  
Prof. Dr. Eberhard Jüngel,  
Erhard Hackler.



Das Podium, v. li.:  
Staatsminister Friedrich Vogel,  
Prof. Dr. Eberhard Jüngel,  
Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski,  
Erhard Hackler.

Blick ins Publikum  
während der Begrüßung der Gäste  
durch den stellvertretenden  
Bundesvorsitzenden, Staatsminister  
Friedrich Vogel.

